

Physiotherapeuten dürfen weitermachen, leiden aber unter Absagen

Von Frank Jung

KIEL Dürfen sie mir noch helfen oder nicht? Diese Frage stellen sich zahlreiche Schleswig-Holsteiner, die in einer der rund 1500 Physiotherapie-Praxen im nördlichsten Bundesland in Behandlung sind. Der Berufsstand berichtet Coronakrisen-bedingt von zahlreichen verunsicherten Anrufern, die wissen wollen, was ist. Immerhin arbeiten die auch Krankengymnasten genannten „Physios“ vergleichbar dicht an den Menschen wie etwa Friseure – und die müssen seit den weiteren Verschärfungen der Abstandsregeln vom Sonntag schließen.

Für die Physiotherapie gilt



Physiotherapie bleibt erlaubt.

FOTO: ADOBESTOCK

das nicht, bekräftigte gestern das Kieler Sozialministerium. Ebenso wenig wie für Ergotherapeuten und Logopäden. Denn anders als das Haarschneidehandwerk zählen diese Tätigkeiten zu den Gesundheitsberufen. 6,53 Millionen

Behandlungen verabreichen allein die Krankengymnasten in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr, heißt es vom größten Branchenverband „Physio Deutschland“.

Zur Verwirrung beigetragen hätten in der vergangenen Wo-

che Veröffentlichungen der Kreise Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde sowie Lübecks, die die Fehl-Interpretation zugelassen hätten, alle Physio-Praxen müssten schließen, sagt der Geschäftsführer des Landesverbands für Schleswig-Holstein und Hamburg von „Physio Deutschland“, Heino Schumacher.

Dass die Signale behördlich weiter auf Grün stehen, bedeutet jedoch nicht, dass die Praxen nicht in schwieriges Fahrwasser zu geraten drohen. „Bei einem Großteil sagen Patienten schätzungsweise 70 bis 80 Prozent der Behandlungen von sich aus ab“, sagt Schumacher. Andere sprachen gegenüber unserer Zeitung

von etwa der Hälfte. Seit gestern hat er eine deutliche Zunahme ausgemacht. „Die Leute haben erneut den Aufruf der Kanzlerin gehört, dass sie zu Hause bleiben sollen – das merken die Praxen.“ Nicht zu leugnen sei sicher teilweise auch Angst, sich anzustecken oder andere anzustecken.

Um das Risiko zu minimieren, beherzigen die Praxen laut Schumacher strenge Desinfektionsregeln und Mindestabstände im Wartebereich. Auch haben sie teils begonnen, mit einfachem Mundschutz zu behandeln. Hereinlassen dürfen sie überhaupt nur Patienten, die zuvor verneint haben, dass sie in einem Risikogebiet waren oder mit Menschen

Kontakt hatten, die in Quarantäne oder positiv getestet sind.

„Den Praxen brechen jetzt durch die vielen Absagen massiv die Einnahmen weg“, warnt Schumacher. Auswärtige Behandlungen etwa in Heimen fallen ohnehin weg, weil es sich dort ausnahmslos um Risikogruppen handelt. Es gehe durchweg um Kleinbetriebe, betont Schumacher. „Wenn man die Versorgungsstruktur aufrechterhalten will, muss man sicherstellen, dass die Praxen kurzfristig Geld bekommen.“ Zwar können sie für ihre Beschäftigten Kurzarbeitergeld beantragen – doch das werde nicht reichen. Nur ungefähr die Hälfte der Praxenkosten entfalle aufs Personal.